

Berlin und die Reichsbekleidungsstelle. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern abend in geheimer Sitzung die Magistratsvorlage über die Beteiligung der Stadt Berlin an der Reichsbekleidungsstelle G. m. b. H. nach kurzer Erörterung angenommen. Der Magistrat übernimmt danach einen Teil der Stammeinlage. Die Bekleidungsstelle soll die Versorgung des deutschen Volkes während des Krieges und auch für die erste Zeit nach dem Kriege mit Textilwaren sicherstellen. Es ist damit zu rechnen, daß nach der Rückkehr der Kriegsteilnehmer ein starker Bedarf an Textilwaren sich geltendmachen dürfte. Die dem Reichsamt des Innern unterstellte Reichsbekleidungsstelle ist nach dem Muster der Reichsgetreidestelle in eine Verwaltungsabteilung und in eine Geschäftsabteilung G. m. b. H. gegliedert. Das Reich und die Bundesstaaten übernehmen den Hauptanteil, die Städte und die Industrie bringen den Rest auf. Das Reich übernimmt die Gewähr für das Kapital. Die deutschen Städte haben an der Gesellschaft ein wesentliches Interesse, weil sie nicht nur für die Gesamtheit der Bevölkerung, sondern auch für den Teil der Bürgerschaft, die der Armenfürsorge bedürfen, zu sorgen hat. Dazu kommt der große Bedarf der Städte für ihre eigenen Anstalten und Betriebe, auch haben die Städte ein Interesse daran, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Bekleidung in die richtigen Bahnen geleitet wird. Die Städte sollen an der Geschäftsführung durch entsprechende Vertretungen im Aufsichtsrat beteiligt werden.